



Antrag

Vorlage: AT/0088/2022		Datum: 07.07.2022	
Verfasser:	02-Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	Az.:	
Betreff:			
Antrag der Ratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE-PARTEI. Expertenanhörung zu den neuen gesetzlichen Grundlagen zum Klimaschutz			
Gremienweg:			
21.07.2022	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt, im November 2022 vor den Haushaltsberatungen eine Anhörung im Stadtrat von Sachverständigen zu den neuen gesetzlichen Grundlagen zum Klimaschutz vorzubereiten und durchzuführen.

Hierzu soll die Energieagentur Rheinland-Pfalz um Teilnahme gebeten werden.

Weitere Sachverständige sollen noch benannt werden

Begründung:

Die globale Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen vor denen die Menschheit heute steht. Jetzt ist es an der Zeit, durch entschlossenes Handeln die schlimmsten Folgen der Klimakrise weltweit, in Europa und in Deutschland zu verhindern oder wenigstens zu lindern. Wie ernst die Lage heute ist, hat nicht zuletzt der jüngste Bericht des IPCC von Ende Februar 2022 gezeigt.

Im Bundestag wurden vor der Sommerpause erhebliche Beschlüsse rund um den Ausbau erneuerbarer Energien, die Sicherstellung der Energieversorgung und der Beschleunigung des Klimaschutzes beschlossen.

Zudem gibt es im Land den Kommunalen Klimaschutzpakt. Im Herbst 2022 wird ein Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation im Land vorgestellt.

Für die kommunale Ebene ergeben sich Pflichten und Fördermöglichkeiten, die bei den Haushaltsberatungen berücksichtigt werden müssen

Auswirkungen auf den Klimaschutz: